

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2022

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2022



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Rede Petra Gössi

Medienkonferenz 24. Mai 2019

Es gilt das gesprochene Wort / Seul le texte prononcé fait foi.

Geschätzte Medienschaffende

Ich begrüsse Sie herzlich zur Präsentation unserer Position für eine freisinnige Umwelt- und Klimapolitik.

Klimapolitik findet gerade dort statt, wo die Schweiz vorwärts geht, innovativ ist und Nachhaltigkeit will. Darum sind wir heute hier in Langenthal in der Firma von Michael Schär, einem Unternehmer aus unserer FDP-Basis. Ich danke Michael Schär sehr. Wir freuen uns, eine aus der Basis gewachsene Position an einem Ort präsentieren zu dürfen, wo Nachhaltigkeit, Innovationskraft und Unternehmertum beispielhaft zusammentreffen. Das Engagement, das er mit seinem Unternehmen täglich lebt, ist beispielhaft.

Dieser Ort bestärkt uns: Viele Unternehmen im Land investieren längst in ein Wirtschaften, das nicht mehr Ressourcen verschleisst, sondern sie schonend und mit Blick auf morgen pflegt. In solchen Unternehmen und bei solchen Persönlichkeiten höre ich tagtäglich Gründe, weshalb es an der Zeit sei, dass auch die FDP die Klima- und Umweltpolitik stärker priorisiert. Die FDP hat hier eine Aufgabe. Das belegen wir mit einem Massnahmenkatalog, den wir Ihnen heute vorstellen.

Es ist für eine Partei – noch dazu in einem Wahljahr – eine grosse Aufgabe, ein solches Projekt, basierend auf einer umfassenden Befragung der Basis, auf die Beine zu stellen. Darum ist es destruktiv, feige und vor allem auch dumm, mit vorsätzlichen Leaks Schaden anrichten zu wollen. Es ist aber, wohlverstanden, auch aus medialer Sicht dumm. Denn die Fakten sehen anders aus: Der Artikel vom Mittwoch basierte auf einem Vorentwurf der Begleitgruppe und der Fachkommission. Darin wurden bewusst auch kontroverse Massnahmen eingearbeitet. Es bildete die Grundlage für eine umfassende Diskussion: Dieser Entwurf wurde dann von der Parteileitung und den zuständigen Parteigremien über viele Stunden und aufgrund von über 140 Anträgen bearbeitet. Es zählt nur das, was Sie jetzt vor sich haben und was die Delegierten in diesen Tagen erhalten.

Darum schauen wir jetzt vorwärts. Mit mir sind heute hier: Unser Ständerat und Vizepräsident Andrea Caroni, unser Nationalrat und UREK-N-Mitglied Benoît Genecand und unser Ständerat und UREK-S-Mitglied Damian Müller.

Meine Damen und Herren,

Die FDP steht für Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt. Doch diese drei Werte basieren immer auf dem Prinzip Verantwortung. Und es **liegt in unserer Verantwortung, den künftigen Generationen gut erhaltene, natürliche Lebensgrundlagen zu sichern**. Die Auswirkungen menschliches Handelns wie der Klimawandel und die schwindende Artenvielfalt sind dabei eine bedeutende Herausforderung. Diese wollen wir in unserer Prioritätenliste wieder weiter nach oben rücken.

Die Menschen wollen, dass sich die Politik dieser Herausforderungen annimmt. Sie wollen eine solide Umweltpolitik. Sie fordern eine liberale Klimapolitik, freisinnige Umweltpolitik, die unsere Unternehmer und Innovatoren einbindet und befähigt, nachhaltig zu wirtschaften. Wir brauchen griffige, zukunfts- und lösungsorientierte Vorschläge.

Nichtstun ist keine Option. Wir müssen unsere Wirtschafts- und Lebensweise umweltfreundlicher gestalten und den Verbrauch von fossilen Energieträgern reduzieren – das sind wir alleine schon den

nächsten Generationen schuldig, da sie die gleichen Voraussetzungen und Ressourcen wie wir vorfinden sollen. Klar ist für uns aber auch, dass zielführende Massnahmen immer nachhaltig sein müssen, das heisst ökologisch, ökonomisch und sozial. Nur so sind sie wirksam, finanzierbar und von den Menschen akzeptierbar.

Deshalb haben wir die Mitgliederbefragung lanciert. Deshalb beugten sich unsere Gremien über Wochen – und noch bis Dienstagabend – tief über diese Position.

Der Prozess, der hinter uns liegt, hat viel Erfrischendes: Freisinnige Umweltpolitik ist erfolgsorientiert und auch nicht sehr emotional, sie hat viel mit Technik, ökonomischem Sachverstand und Markt, aber nichts mit Verboten zu tun – und sie nimmt wenig bis keine Rücksicht auf Pfründe und Gärten, in denen man's sich bequem gemacht hat. Etwa: Arbeitszeitmodelle und Pendlerströme. Etwa: Subventionen, gerade in der Landwirtschaft. Etwa: Herkömmliche Produktionsweisen, in allen Branchen. Durchleuchtet man solches, käme auch die Linke eigentlich drauf, dass hier vieles im Argen liegt. Im Handeln aber sind wir Freisinnige im Vorteil, denn wir wollen in die Gegenrichtung: Weg von staatlichen Lösungen und nicht wider die Regeln eines gesunden Marktes.

Meine Damen und Herren

Nun haben wir ja ausgiebig gehört, dass wir angeblich eine „Kehrtwende“ in der Umwelt- und Klimapolitik vollführen, das Steuer herumreissen und in Panik vor den nächsten Wahlen dem links-grünen Lager hinterherrennen. Aber die heute an die Delegierten versendete Position ist keine Kehrtwende. Lassen sie mich klar sein: Zukunftstaugliche Klima- und Umweltpolitik ist nicht so kompliziert. In erster Linie müssen nämlich tatsächlich Regulierungen abgebaut werden, während man die Transparenz erhöht und damit Klarheit schafft, was Handeln und was Nicht-Handeln individuell kostet. Das Quartett aus Deregulierung, Verursacherprinzip, Lenkungsabgabe, Rückverteilung – das ist wichtig! Wir kehren also nicht von Grundsätzen und Werten ab, sondern wir wenden uns diesen Grundsätzen und Werten zu. Wir deklinieren Umwelt- und Klimapolitik freisinnig und liberal durch – und wir sehen – die Position liegt vor ihnen – es sind mitnichten etwelche Verbote, die zum Erfolg führen werden. Darum ist klar, wir werden nicht Partner der Grünen oder der Genossen und Genossinnen, die alles verbieten wollen. Damit geht aber einher: Wenn wir unsere Konzepte, unsere Mittel und unsere Überzeugungen jetzt nicht einbringen, dann werden wir in 20 Jahren in einer Welt aus Verboten leben. Verbote bedeuten Stillstand, wirken in einer freiheitlichen Welt störend und behindern die Innovation, die uns unsere Arbeitsplätze in der Schweiz garantiert.

Wirksame, liberale Umweltpolitik ist also gute Wirtschaftspolitik. Sie ist gute Investitionspolitik. Nur eine starke Wirtschaft führt zu Wohlstand und hoher Lebensqualität – das Land, in dem wir leben, beweist uns dies jeden Tag. Nur deshalb können wir unter anderem Sozialwerke, Altersvorsorge und Infrastruktur finanzieren. Und nur so können wir wirksame Massnahmen zugunsten der Umwelt ergreifen. Nur wirtschaftlicher Fortschritt ermöglicht Forschung und Innovation. Und nur mit Forschung und Innovation lassen sich die Probleme im Bereich Umwelt und Klima wirklich lösen und im Ausland sogar noch grössere Wirkung erzielen.

Umwelt- und Klimapolitik ist mehrheitsfähig, wenn sie für viele wirkt – nicht für wenige. Umwelt- und Klimapolitik ist dann stark, wenn sie Konzepte anbietet und kluge Technologie, statt sich auf Beschränkungen und Untersagungen zu konzentrieren. Es sind Innovation, Technologie, Fokus und logische Abläufe. Es ist ein systemischer Ansatz, der liberalen und freisinnigen Köpfen gefällt. Der Ideenreichtum liegt vor ihnen. Und dabei handelt es sich nicht um Massnahmen die nicht erprobt oder nicht bereits bewährt wären. Die Herausforderung wird eher sein, gemeinsam herauszufinden, wie wir vom Freisinn aus Mehrheiten und Allianzen bilden können.

Meine Damen und Herren,

Wir haben ein klares **Signal aus unserer Basis** erhalten. Diese in unserer Geschichte einmalige Befragung zeigt den deutlichen Wunsch nach mehr Engagement. Ich bin sehr zufrieden mit der Resonanz, unsere Basis ist aktiv und involviert. Ich habe hunderte positive Rückmeldungen erhalten,

und viele Menschen kommen auf mich zu und drücken ihre Zustimmung aus. Unsere Mitglieder möchten die Position der Partei auf Basis der liberalen Grundwerte Eigenverantwortung, Innovation und Kostenwahrheit auch in der Umweltpolitik stärker herausarbeiten.

Meine Damen und Herren,

Ich bin stolz darauf, was wir in den letzten Monaten mit unseren Mitgliedern erarbeitet haben. Natürlich verhält es sich damit wie mit allen soliden und mehrheitsfähigen Kompromissen: Niemand hat alles erreicht, was er wollte. **Aber das vorliegende Positionspapier zuhanden der Delegierten ist eine breit abgestützte Position mit klaren Grundsätzen und wirksamen Massnahmen.** Jetzt sind am 22. Juni die Delegierten am Ball und können jeden einzelnen Punkt diskutieren und beschliessen. Wir führen diese Diskussion in der Partei offen, transparent und unter Einbezug aller.

Eine solche liberale Umweltpolitik ist eine Chance für Gesellschaft und Wirtschaft. Sie entspricht echten liberalen Werten. Sie entspricht unserer liberalen Vision, die unter anderem das Ziel hat, „den Raum und unsere natürlichen Ressourcen nachhaltig und effizient zu nutzen“. Und sie führt die freisinnige Umwelt- und Klimapolitik weiter, die wir in unserer DNA haben.

Rede Andrea Caroni

Medienkonferenz 24. Mai 2019

Es gilt das gesprochene Wort / Seul le texte prononcé fait foi.

Geschätzte Medienschaaffende

Ich bin keiner, der in der Umwelt- und Klimapolitik in übereifrigen Aktivismus ausbrechen will. Doch die Herausforderung ist da. Nicht nur – aber auch – als Vater will ich den nachfolgenden Generationen eine intakte Lebensgrundlage hinterlassen. Genauso wie ich ihnen auch eine prosperierende Wirtschaft, stabile Sozialversicherungen, ein hochwertiges Bildungssystem oder eine gute Nachbarschaft in Europa hinterlassen will. Wie all diese Themen ruft auch die Umweltpolitik nach liberalen Lösungen.

Werfen wir einen kurzen Blick zurück: Am 1. März beschloss die Konferenz der kantonalen Parteipräsidenten (PPK) einstimmig eine Vollbefragung unserer Mitglieder. Bis Ende April haben wir all unseren 120'000 Mitgliedern die Gelegenheit gegeben, ihre Meinung zur künftigen liberalen Umwelt- und Klimapolitik abzugeben.

Über 14'000 Personen haben diese Gelegenheit ergriffen. Über 14'000 Personen haben sich Zeit genommen, teilweise komplexe Fragestellungen zu beurteilen. Das ist ein schöner Erfolg.

Was sind die wichtigsten Erkenntnisse aus der Umfrage?

1. Diese in der Geschichte der FDP einmalige Mitgliederbefragung hat gezeigt, dass unsere FDP-Basis das Thema bedeutsam findet und sich einig ist: Man wünscht sich grundsätzlich und unabhängig von Wohnort, Geschlecht oder Alter ein noch sichtbareres Engagement der Partei hierzu.
2. Die Umfrage hat uns auch bestätigt, dass für unsere Mitglieder primär die Eigenverantwortung zählt, verbunden mit dem Glauben an die Kraft von Innovation, Fortschritt, Ideenwettbewerb und internationaler Koordination. Greift all dies zu wenig, sind unsere Mitglieder aber klar auch bereit, Massnahmen wie zum Beispiel Lenkungsabgaben mitzutragen. In Ausnahmefällen und als ultima ratio sind auch stärkere Restriktionen nicht ausgeschlossen.

Nach dieser Umfrage ging der intensive Prozess weiter:

- Zuerst hat eine Begleitgruppe auf Basis der Umfrage einen Entwurf erarbeitet. Zu Wort kam auch unsere Fachkommission Energie und Infrastruktur, in der auch alle Mitglieder der UREK und der KVF vertreten sind.
- Danach kam das Papier in den Vorstand.
- Schliesslich hat die PPK in zwei ausserordentlichen intensiven Sitzungen dann rund 150 Anträge debattiert.

Dieses umfassende Positionspapier ist das stolze Resultat und zeigt eindrücklich, wie viel der FDP an einer liberalen Umwelt- und Klimapolitik liegt.

Unsere Delegierten erhalten das Papier diese Tage in ihre Briefkästen. Sie werden dann an der DV vom 22. Juni in Zürich abschliessend über die Position entscheiden. Was Sie also vor sich haben, ist der Vorschlag der PPK zuhanden der DV, an der natürlich auch Anträge gestellt werden können.

Schliesslich wird sich auch unsere Fraktion weiterhin im Thema engagieren. Sie wird in diesem Papier eine wertvolle und starke Inspirationsquelle finden.

Nicht nur im Inhalt, sondern auch schon im Aufbau des Papiers wollen wir nah bei den Menschen sein. Entsprechend ist es nach den vier Kapiteln Natur, Wohnen, Arbeit/Bildung und Verkehr aufgebaut.

Sie finden in allen vier Bereichen immer die gleiche Kaskade von Massnahmen: Zuerst Eigenverantwortung, dann Lenkung und schliesslich - als ultima ratio - weitergehende Restriktionen.

Diese Kaskade leitet sich ab aus den Grundsätzen der freisinnigen Umwelt- und Klimapolitik.

- Wir Liberalen glauben an den Fortschritt, der durch den Forschungsgeist und die Innovationskraft der beteiligten Menschen und Unternehmen vorangetrieben wird. Nichts dient der Umwelt mehr als das. Das zeigt ein Blick in die Geschichte und um den Globus.
- Für uns steht dabei das eigenverantwortliche Individuum im Zentrum. Dieses benötigt liberale Rahmenbedingungen, damit es seine Freiheit und Schaffenskraft dem Fortschritt und der Umwelt dienend entladen kann. Zu diesen Rahmenbedingungen gehören der freie Ideenwettbewerb, Technologieneutralität, internationale Zusammenarbeit, funktionierende Märkte und transparente Information. Umgekehrt sind Fehlanreize und regulatorische Hindernisse abzubauen. Der liberale Staat ist in der Pflicht, ein solches Umfeld zu schaffen und die Wirtschaft tut gut daran, die sich ergebenden Chancen zu nutzen
- Die Folgen des eigenen Handelns sind jedoch nicht immer unmittelbar spürbar. Entsprechend braucht es bisweilen ergänzend auf dem Verursacherprinzip beruhende Lenkungsmassnahmen, die Kostenwahrheit herstellen. Damit solche Massnahmen mehrheitsfähig sind, müssen Kosten und Nutzen für den Einzelnen und die Gesellschaft abgewogen werden. Übers Ganze betrachtet sollten daher solche Lenkungsmassnahmen belastungsneutral ausfallen. Schliesslich sind solche Lenkungsinstrumente wo immer möglich international anzugehen. Dies gilt besonders für die Klimapolitik, denn eine globale Herausforderung kann man letztlich nicht lokal lösen.
- Zuletzt und erst, wenn Eigenverantwortung und Lenkungsmassnahmen nicht ausreichen, kommen weitergehende Massnahmen in Frage.

Gerne übergebe ich nun an meinen Kollegen, Nationalrat Benoît Genecand, der Ihnen die beiden ersten Bereiche vorstellen wird.